Geldgier zerstört das Gemeinwohl

Was sagt die christliche Tradition zu einer Reichtumsvermehrung, die nur einer kleinen Minderheit nützt?

Unsere Verfassung schützt das Eigentum. Sie setzt aber dort eine klare Grenze für die Geldvermehrungsmaschine, wo das Gemeinwohl angetastet wird. In den großen Parteien erinnern sich nur noch ganz wenige Abweichler an dieses Grundprinzip unserer Gesellschaft. Sie werden kalt gestellt und müssen sich von hochbezahlten FernsehmoderatorInnen Frechheiten sondergleichen gefallen lassen. Im Parlament hören wir gebetsmühlenartig nur noch eine Parole: Mehr Markt, mehr Wettbewerb, mehr Privatisierung!

Peter Bürger

Alle Bereiche unseres sozialen Lebens sollen unter dem Gesichtspunkt von Konkurrenz und Profit organisiert werden. Da gibt es bereits Stimmen, die einen Kampf der Generationen – zwischen Jung und Alt – anzetteln. Eine moderate Gesundheitsreform, die neben den unteren und mittleren Einkommen ebenso die großen Wirtschaftserträge an der allgemeinen Gesundheitssorge beteiligt, kommt in die St. Nimmerleins-Schublade. Über Schulbildung, Begleitung von Jugendlichen oder soziale Stadtteilarbeit wird nur noch im Zusammenhang mit Kürzungen gesprochen. Mit Steuernachlässen werden Wirtschaftsriesen belohnt, denen die Menschen ohne Arbeit völlig gleichgültig sind. Bestreitet der Staat am Ende nur noch Straßenbau, öffentliche Ordnungskräfte und milliardenschwere Kriegsrüstung? Schon jetzt sind Demokratie und Freiheit durch die unkontrollierbare Machtkonzentration nationaler und transnationaler Konzerne tödlich bedroht. Im Weltmaßstab ist ein ganzer Kontinent wie Afrika durch die neuen globalen „Spielregeln“ zu Hunger, Elend und Krankheit verurteilt. In allen Ländern wächst die kleine Spitze der Superreichen, während breite Bevölkerungskreise immer ärmer werden. Nach den konservativsten Berechnungen verfügen auf unserem Globus etwa tausend Milliardäre über soviel Besitz wie die Hälfte der ganzen Menschheit auf der Verliererseite!

Nach den konservativsten Berechnungen verfügen auf unserem Globus etwa tausend Milliardäre über soviel Besitz wie die Hälfte der ganzen Menschheit auf der Verliererseite!

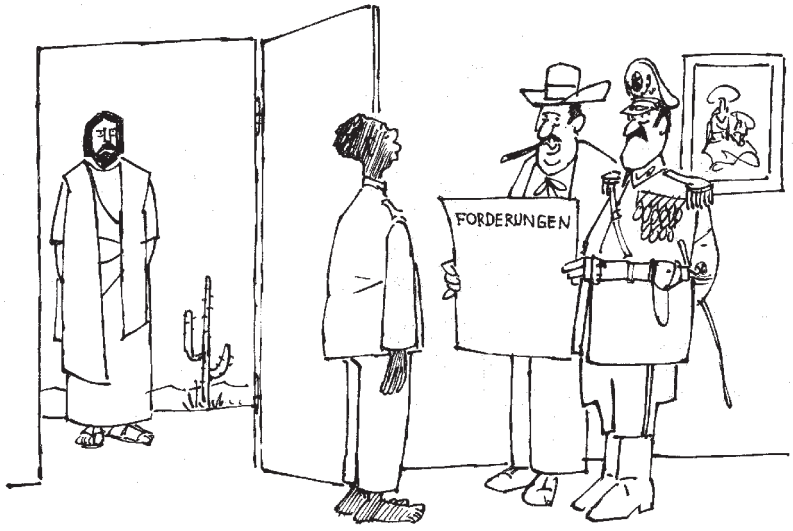
Der Autor ist kath. Theologe, Krankenpfleger und Publizist. Sein neuestes Buch stellt unter anderem die Frage, ob es überhaupt Antikriegsfilme gibt: www.napalm-am-morgen.de.

Doch unverdrossen will man uns vormachen, das alles sei hoch vernünftig und ohne Alternative.

Viele gesellschaftliche Gruppen und einige Politiker berufen sich noch auf das Christentum. Was aber sagt die christliche Tradition eigentlich zu einer Reichtumsvermehrung, aus der nur eine ganz kleine Minderheit ihren Nutzen zieht? Die älteste Antwort darauf ist eine „Hausordnung“, deren Teile man in den ersten Büchern der Bibel nachlesen kann. Seit dem 8. Jahrhundert vor unserer Zeitrechnung gibt es im Alten Israel religiösen Widerstand gegen eine neu aufkommende Wirtschaftsform. Wenige Großgrundbesitzer werden u. a. mit Hilfe der Geldwirtschaft immer reicher. Immer mehr Menschen verelenden und geraten in Schuldsklaverei. Im Gefolge der sozialkritischen Propheten reagiert die „Weisung“ der Tora darauf mit den ersten solidarischen Wirtschaftsgesetzen der Geschichte. Die Ausbeutung der Volksgenossen – zum Beispiel durch Zinswirtschaft – ist verboten. Die Rechte der Armen und Fremden sind unantastbar. Verschuldungsverhältnisse sind klar begrenzt. Nach einer Weile muss armen Familien das Land zur Selbstversorgung zurück gegeben werden. Alleiniger Besitzer der Erde ist Gott. Die Menschen müssen den Gebrauch aller Güter der Erde so organisieren, dass alle leben können und niemand am Hungertuch nagt.

Für Jesus sind diese Grundregeln der jüdischen Gesellschaft selbstverständlich. Wenn den einen der Bauch platzt, während andere dahinsiechen, dann ist etwas in der Wurzel faul. Jesus warnt

gleichzeitig davor, aus dem Geld einen Götzen zu machen. Wer die Gier zum obersten Prinzip erhebt, der wird innerlich tot und kann nicht mehr menschlich leben. Die früheste christliche Gemeinde in Jerusalem hat das alles sehr ernst genommen. Die Apostelgeschichte erzählt über die ersten Christen, sie hätten allen Besitz als etwas Gemeinsames betrachtet. Überflüssige Immobilien wurden verkauft oder für Wohnungslose zur Verfügung gestellt. Die Gemeinschaft konnte auf diese Weise Ausgleich organisieren, wenn es in ihrer Mitte Bedürftigkeit gab. Eigentum war natürlich erlaubt, doch man ging damit „verhältnismäßig" um: Im Ernstfall galt das Elend des Ärmsten als maßgebliches Kriterium. Paulus organisierte dann als erster grenzüberschreitende Solidarität. Er sagte: „So ein Glied leidet, so leiden alle Glieder mit."



"Auch noch adelig, der Bursche: J. von Nazareth! Aber die adeligen Sozis sind ja meist die schlimmsten!"

Aus den ersten Jahrhunderten der Christenheit gibt es eine Fülle von Zeugnissen, die diesem Grundsatz treu bleiben. Die so genannte Apostellehre (90 n. Chr.) und der Barnabas-Brief (Anfang 2. Jh.) sagen, niemand solle seinen Besitz als uneingeschränktes Eigentum betrachten, solange es Bedürftige gibt. Clemens von Alexandrien (gest. vor 215) tröstet die Reichen: Ihr könnt doch auch Erlösung finden, wenn Ihr Euer stattliches Kapital in den Dienst des allgemeinen Wohls stellt. Eine syrische Kirchenordnung aus dem 3. Jahrhundert (Didaskalia) nennt klare soziale Kriterien: In Notlagen sollen die reichsten Gemeindemitglieder gut entbehrliche Besitztümer verkaufen. Ausgebildeten und Arbeitsfähigen soll man Arbeit vermitteln. Arbeitsunfähige und Arbeitslose haben Anspruch auf solidarische Unterstützung. Im Römischen Reich organisieren die reichen heidnischen Oberschichten das ganze Imperium für ihre Interessen. Die Masse der Hungernden ist ihnen völlig egal. Deshalb spricht es sich überall herum, dass die christlichen Gemeinden sich um die Bedürftigen kümmern. Kaiser Julian klagt später: Die Christen „ernähren außer ihren Armen auch die unsrigen; die unsrigen aber ermangeln unserer Fürsorge!" In dieser Zeit gilt es noch als unanständig, den Kirchenleitungen hohe Gehälter zu zahlen. Bischof Cyprian von Kathargo (gest. 258) lässt sich vom Grundsatz leiten „Kirchengut ist Armengut". Sehr leidenschaftlich gegen Wucher und die eiskalten Reichen predigt der hl. Bischof Basilius der Große (gest. 379). Er selbst ist ursprünglich Großgrundbesitzer in Kappadokien. Seine Ländereien verwandelt er in ein christliches Gemeinwesen. Zu Notzeiten organisiert er Hilfe auch für landfremde Flüchtlinge, Nichtchristen und Juden. Der hl. Ambrosius (gest. 410) warnt die Oberschicht vor selbstgerechter Nächstenliebe: „Es ist nicht dein Gut, mit dem du dich gegen den Armen großzügig erweist. Du gibst ihm nur zurück, was ihm gehört. Denn du hast dir herausgenommen, was zu gemeinsamer Nutzung gegeben ist. Die Erde ist für alle da, nicht nur für die Reichen."

Die praktische Kritik an rücksichtsloser Bereicherung ist in der ganzen Kirchengeschichte nie verstummt. Der englische Humanist und Staatsmann Thomas Morus (1478-1535), ein Heiliger der kath. Kirche, stellt in seinem Werk „Utopia" fest: „Wo es noch Privatbesitz gibt, wo alle Menschen alle Werte am Maßstab des Geldes messen, da wird es kaum jemals möglich sein, eine gerechte und glückliche Politik zu betreiben." Höchst realistisch und aktuell ist die folgende Wahrnehmung dieses Märtyrers: „Wenn ich alle unsere Staaten im Geiste betrachte und darüber nachdenke, so stoße ich auf nichts anderes, so wahr mir Gott helfe, als auf eine Verschwörung der Reichen, die den Namen und Rechtstitel des Staates missbrauchen, um für ihren eigenen Vorteil zu sorgen."

Solche Einsichten konnten sich in den folgenden Jahrhunderten leider nicht durchsetzen. Die französische Nationalversammlung erklärt am 26. August 1789 allen Ernstes, das Eigentum sei „ein unverletzliches und heiliges Recht". Dieses liberalistische „Dogma" hat die Kirche bis zur Stunde hartnäckig abgelehnt, obwohl sie die anderen Menschen- und Freiheitsrechte heute ohne Vorbehalte verteidigt. Papst Paul VI. verweist auf den vorrangigen gemeinsamen Gebrauch aller Reichtümer der Erde durch die Menschen: „Das Privateigentum ist also für niemand ein unbedingtes und unumschränktes Recht." (Populorum Progressio). In der gleichen Enzyklika verurteilt er scharf einen ungehemmten Kapitalismus, nach dem „der Profit der eigentliche Motor des wirtschaftlichen Fortschritts, der Wettbewerb das oberste Gesetz der Wirtschaft, das Eigentum an den Produktionsmitteln ein absolutes Recht,

Die Apostelgeschichte erzählt über die ersten Christen, sie hätten allen Besitz als etwas Gemeinsames betrachtet. Überflüssige Immobilien wurden verkauft oder für Wohnungslose zur Verfügung gestellt.

Wo die Gier nach Profit Wirtschaft und Politik bestimmt, sieht Johannes Paul II. „wahrhafte Formen von Götzendienst" verborgen und das Recht der Völker auf freie Selbstbestimmung bedroht.

ohne Schranken, ohne entsprechende Verpflichtungen gegenüber der Gesellschaft" darstelle. Wichtig war für Paul VI. der Grundsatz, „dass die Wirtschaft ausschließlich dem Menschen zu dienen hat". Der derzeitige Papst Johannes Paul II. hat diese Anschauungen in vollem Umfang übernommen (Laborem excercens, Solicitudo rei socialis; Centesimus annus). Gerne wird verschwiegen, dass er gleichermaßen Staatssozialismus wie Kapitalismus anprangert. Seine oberste Leitlinie ist die „Achtung der menschlichen Arbeit". Deshalb gibt es auch für ihn kein unantastbares „ausschließliches Recht des Privateigentums an den Produktionsmitteln". Mit Blick auf zügellose Marktmechanismen spricht er von „Strukturen der Sünde". Die kapitalistische Ideologie überlasse „ihre Lösung in einem blinden Glauben der freien Entfaltung der Markkräfte." Wo die Gier nach Profit Wirtschaft und Politik bestimmt, sieht Johannes Paul II. „wahrhafte Formen von Götzendienst" verborgen und das Recht der Völker auf freie Selbstbestimmung bedroht.

Ganz ähnlich verlangte bereits 1975 der Ökumenische Weltrat der Kirchen als Hauptziel der Weltwirtschaftsordnung: „Niemand darf seinen Wohlstand vergrößern, solange nicht alle das Existenzminimum haben." Seit den 1980er Jahren gibt es eine breite ökumenische Bewegung für eine „Wirtschaft im Dienst des Lebens" und für ein Bekenntnis gegen die Mammon-Diktatur. Die Generalsekretäre verschiedener Weltkirchenbünde schrieben jüngst mit Blick auf Vollversammlungen der nächsten drei Jahre: „Die ökonomische Globalisierung ist am stärksten im Bereich des internationalen Finanz- und Geldsystems vorangeschritten. Die Beziehung zwischen der Macht der Finanzmärkte und der Macht

"Wieder einer aus den lästigen Entwicklungsländern..."

der Nationalstaaten hat sich auf dramatische Weise verschoben. Eine alles erfassende Hinwendung zu den auf Profit ausgerichteten Interessen der Aktienbesitzer (shareholder value) hat Geldströme und finanzielle Transaktionen in zunehmendem Maße von der realen Ökonomie abgekoppelt. Das Kapital konnte dadurch zum Selbstzweck werden, anstatt ein Mittel zu sein, das den Bedürfnissen der Menschen dient. Neben anderen Entwicklungen hat dies bereits zu einer ganzen Reihe verheerender finanzieller Krisen geführt und in der Folge zu einer fortwährenden Umverteilung des Reichtums von den Armen zu den Wohlhabenden, sowohl innerhalb wie zwischen einzelnen Ländern. Das Ergebnis ist ein noch nie da gewesenes Ausmaß globaler Ungleichheit und Instabilität." (www.kairoseuropa.de)

Mit solchen Einsprüchen will die Christenheit zusammen mit anderen Bewegungen die Gesellschaften der Erde wachrütteln. Konzerne beanspruchen „Personenrechte", als wären sie Menschen aus Fleisch und Blut. Ihr machtvoller Einfluss bestimmt zunehmend die Politik und immer mehr Einzelbereiche unseres täglichen Lebens. Alle großen Probleme der Menschheit bleiben ungelöst, weil sie sich eben nicht mit dem Prinzip Gier lösen lassen. Bedient wird zur Stunde nur der maßlose Egoismus einer kleinen Minderheit. Erpressung ist an der Tagesordnung: „Wenn Ihr nicht nach unserer Pfeife tanzt, dann bekommen eben andere unsere Arbeitsplätze!" Immer mehr Menschen auf den verschiedenen Kontinenten kapieren, dass man sie gegeneinander ausspielen will. Sie schließen sich weltweit zusammen, um ein Schutzschild gegen die Profitgötzen zu errichten: Der Globus gehört nicht jenen, die ihn sich mit wirtschaftlicher Macht, Patentrechten und Militärgewalt unter den Nagel reißen wollen!

Die sozialen Grundprinzipien der Weltkirchen werden im Grunde von allen Religionen geteilt. Bevor der derzeitige Bundeskanzler das Sagen bekam, galten sie noch in weiten Teilen in der SPD. Und: Auch das mittlerweile betagte Ahlener Programm der CDU stellt das Gemeinwohl klar gegen egoistische Einzelinteressen und sieht – wie auch viele Landesverfassungen – bei Missbrauch das Recht des Staates auf Enteignungen vor. Dabei geht es keineswegs darum, Neid gegen den Wohlstand oder angenehmen Luxus von Gutverdienenden zu schüren. Doch die heutigen Wirtschaftsriesen, die immer mehr kleine oder mittlere Unternehmen platt machen und bewusst immer höhere Arbeitslosenzahlen in Kauf nehmen, haben jeglichen Anstand verloren. Sie haben vom Grundansatz unserer Gesellschaftsordnung her kein Recht, ihre maßlose Gier auch grenzenlos auszuleben. Allerdings gibt es mit Blick auf die klaren Stimmen von Papst und Weltkirchenrat auch einen Vorschlag an die bundesdeutschen Kirchenleitungen: Zukünftig sollten offiziell mehr Leute für die Kirche sprechen, die selbst nicht im sicheren Boot sitzen. Zum Beispiel ein arbeitsloser Familienvater, der auf niedrigem Sozialhilfeniveau mehrere Kinder unterhalten muss.